





DOW verkohlt das Klima

DEUTSCHLANDS ZWEITGRÖßTER STROMVERBRAUCHER DOW WILL WERKSEIGENES KOHLEKRAFTWERK IN STADE BAUEN

 Der Chemiekonzern **DOW Chemical** will ein Integriertes Industriekraftwerk mit einem Brennstoffmix aus Gas, Biomasse, Wasserstoff und Kohle bauen.

 Das Unternehmen will eine **Nennleistung von bis zu 840 Megawatt** erzeugen. Ziel ist die autonome Versorgung und langfristige Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit.

 Der Sitz in **Stade an der Elbe** befindet sich in unmittelbarer Nähe zum Wohngebiet. Die nächsten Wohnnutzungen sind in 200 m Entfernung im Bereich der Stader Elbstraße.

 Eine **Klage von Umweltverbänden wurde abgewiesen**. Klimaschutz spielte für die Entscheidung keine Rolle, da Klimaschutzziele nicht im Gesetz verankert seien.

Die Bundesregierung hat sich im Jahr 2007 mit dem „Integrierten Energie- und Klimaprogramm“ national zu einer 40 %igen Minderung der deutschen Treibhausgas-Emissionen bis 2020 gegenüber 1990 verpflichtet.

Im Energiekonzept aus dem Jahr 2010 wird dieses Ziel ergänzt durch ein Minderungsziel von mindestens 55 % bis zum Jahr 2030, mindestens 70 % bis zum Jahr 2040 und 80-95 % bis zum Jahr 2050.

16,5 Nach dem Willen der Bundesregierung sollen Kohlekraftwerke abgeschaltet und dadurch jährlich **16,5 Mio. Tonnen Co₂** eingespart werden

5,6 Das Kraftwerk in Stade würde in seiner jetzigen Form mehrere Kilogramm Quecksilber sowie rund **5,6 Millionen Tonnen Co₂** pro Jahr emittieren

80 Von wegen integrierter Brennstoffmix: Der **Steinkohle-Anteil** im geplanten DOW-Kraftwerk Stade beträgt 80 %

Wir fordern, der Revision des Gerichtsverfahrens vor dem Bundesverwaltungsgericht stattzugeben

ROBIN WOOD

Gewaltfreie Aktionsgemeinschaft für Natur und Umwelt e.V.



robinwood.de/kampagnen/kohle-killt-klima
bund-niedersachsen.de

Der US-amerikanische Chemiekonzern The Dow Chemical Company hat in Stade einen seiner größten Industriestandorte in Deutschland und produziert hier jährlich rund drei Millionen Tonnen Grund- und Spezialitätenchemikalien. Dabei ist das **Unternehmen nach der Deutschen Bahn der zweitgrößte Stromverbraucher Deutschlands**.

+++

Um mehr wirtschaftliche Profite zu erzielen, möchte das Unternehmen den Energiebedarf am Standort Stade nun mit einem eigenen sogenannten „Integrierten Industriekraftwerk“ decken. Dieses läuft mit einem Brennstoffmix aus Gas, Biomasse, Wasserstoff und Kohle. Als autonomes Kraftwerk soll es einer unabhängigen Versorgung des DOW-Standortes Stade dienen, sodass der Konzern Steuer- und Netzentgelte einsparen kann. Die Kosten belaufen sich auf rund 1,6 Milliarden Euro. Baubeginn soll in frühestens anderthalb Jahren sein.

+++

Das Kraftwerk soll direkt an der Elbe, nördlich der Schwinge in geringem Abstand von **rund 200 Metern zu den nächsten Wohngebieten** gebaut werden. In der geplanten Form wird das Kraftwerk bis zu ca. **5,6 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr** ausstoßen. Aufgrund der vorherrschenden Süd-West-Windlage ist besonders auf der gegenüberliegenden Elbseite mit erhöhten Schadstoffeinträgen zu rechnen. Auch der Gewässerschutz wird bei dem Bau nicht ausreichend berücksichtigt. Eine große Gefahr ist die **Verschmutzung der Elbe durch Quecksilber**, das bei der Verbrennung von Kohle und im Kühlprozess in den Fluss gelangen kann. Diese Umweltbelastung soll durch den Handel von Emissionszertifikaten ausgeglichen werden.

+++

Die Verbrennung von Kohle treibt den Klimawandel voran, dessen Folgen zuerst im globalen Süden sichtbar werden. Als Profiteur der Kohle in Deutschland werden wir vom Meeresspiegelanstieg, der Häufung von Naturkatastrophen, saurem Regen, langanhaltenden Dürren oder dem Korallensterben zunächst nicht direkt betroffen sein. Aber auch hier sind die Auswirkungen spürbar. Europaweit sterben 23.000 Menschen und deutschlandweit 3.500 Menschen an den Folgen der Luftverschmutzung. Vor diesem Hintergrund ist es nicht nachvollziehbar, den Bau eines weiteren Kohlekraftwerks zu genehmigen.

+++

Der Ausbau nachhaltiger Energieerzeugung, die nicht auf Kohle basiert, ist die einzige logische Konsequenz aus dem Klimawandel. Der Europäische Rat vereinbarte 2014 eine Minderung der Treibhausgasemissionen von mindestens 40 Prozent innerhalb der EU bis 2030 gegenüber dem Niveau von 1990. Dabei ist bereits jetzt fraglich, ob das Ziel erreicht werden kann. Weitere 5,6 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr durch das neue Kraftwerk in Stade verschlechtern die Chancen zusätzlich. **Für DOW in Stade gibt es die simple Möglichkeit, den Bestandteil Kohle aus dem Energiemix wegzulassen.**

+++

Robin Wood fordert den Kohleausstieg bis 2025, denn ohne die Stilllegung aller Kohlekraftwerke kann das Zwei-Grad-Ziel des Pariser Abkommens nicht eingehalten werden. Die Entscheidung zum Bau eines neuen Kohlekraftwerks, das voraussichtlich länger als 40 Jahre laufen wird, ist auch **eine Entscheidung gegen die Klimaziele**.

+++

Eine Klage gegen die Baupläne der Stadt wurde vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg mit der Begründung abgelehnt, dass die Klimaziele nicht gesetzlich verankert seien. Die Auswirkungen des Klimawandels sind den RichterInnen zweifelsohne bewusst, die Entscheidung geht trotzdem für die profitorientierte und fossile Stromerzeugung eines Chemiekonzerns aus. Die Erklärung des Gerichts zeigt, dass aus Klimakonferenzen, wie der 2015 in Paris, keine ernsthaften Konsequenzen gezogen werden. **Der Natur- und Umweltschutz unseres Planeten muss eine höhere Bedeutung in nationaler und internationaler Politik bekommen.** Rücksichtsloses Handeln darf nicht ohne Konsequenzen bleiben. Die Missachtung von Umweltregeln zerstört unsere Lebensgrundlagen und bedeutet somit auch eine Missachtung von Menschenrechten.

+++

PolitikerInnen haben auf der **Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen vom 6.-17. November 2017 in Bonn** die Chance zu zeigen, dass der Klimaschutz zeitgemäßes Handeln erfordert. Es müssen bindende Verträge geschlossen werden, die für alle Menschen vertretbar sind und ein Leben ohne drohende Klimaflucht zum Ziel haben.

+++

Ein neues Kohlekraftwerk in Stade ist nicht verantwortbar und darf daher auch von Seiten der Politik nicht durchgewunken werden. **Profite dürfen nicht über das Leben von Menschen gestellt werden.**

ROBIN WOOD

Gewaltfreie Aktionsgemeinschaft für Natur und Umwelt e.V.